

Christoph Bieber, Claus Leggewie (Hg.)

UNTER PIRATEN

Erkundungen in einer neuen
politischen Arena

Christoph Bieber, Claus Leggewie (Hg.)
Unter Piraten

X T E X T E

CHRISTOPH BIEBER, CLAUS LEGGEWIE (HG.)

Unter Piraten

Erkundungen in einer neuen politischen Arena

[transcript]

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2012 transcript Verlag, Bielefeld

Die Verwertung der Texte und Bilder ist ohne Zustimmung des Verlages urheberrechtswidrig und strafbar. Das gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und für die Verarbeitung mit elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Kordula Röckenhaus, Bielefeld

Korrektur: Kirsten Hellmich, Bielefeld

Satz: Justine Haida, Bielefeld

Druck: Aalex Buchproduktion GmbH, Großburgwedel

ISBN 978-3-8376-2071-9

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Besuchen Sie uns im Internet: <http://www.transcript-verlag.de>

Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis und andere Broschüren an unter:
info@transcript-verlag.de

Inhalt

Christoph Bieber | 9

Die Unwahrscheinlichkeit der Piratenpartei.

Eine (ermunternde) Einleitung

ENTERN

Leonhard Dobusch und Kirsten Gollatz | 25

Piraten zwischen transnationaler Bewegung und lokalem Phänomen

Alexander Hensel | 41

Das Milieu der Piraten: Die Erben der Internetkultur

Mathias Mertens | 53

Nerds. Computer. Piraten.

Die kulturgeschichtliche Erklärung eines Syllogismus

Lawrence Lessig | 67

Leidenschaft.

Tea Party, Occupy Wall Street und der Antrieb politischer Bewegungen

Claudio Gallio | 81

Orange.

Von der flüchtigen Protest- zur etablierten Lagerfarbe?

ÄNDERN

Michael Seemann | 91

Plattformneutralität – das politische Denken der Piraten

Frieder Vogelmann | 101

Der Traum der Transparenz.

Neue alte Betriebssysteme

Daniel Constein und Silke Helfrich | 113

Commons und Piraten.

Eine programmatische Schatzsuche

Kai-Uwe Hellmann | 127

Barcamps als kommunikative Treffpunkte der Internetszene

Dirk von Gehlen | 137

Freibeuter im Netz – eine Netzpolitik ohne geistiges Eigentum?

Jasmin Siri und Paula-Irene Villa | 145

Piratinnen – Fehlanzeige Gender?

NEUSTART

Jörn Lamla und Hartmut Rosa | 175

Beschleunigungsphänomen und demokratisches Experiment.

Auf welche Problemlage reagieren die Piraten?

Sigrid Baringhorst und Mundo Yang | 187

Protestkulturen und Parteigründungen – das Beispiel der Piraten

Karl-Rudolf Korte | 199

Der Altmaier-Effekt: Was lernen etablierte Parteien von den Piraten?

Stefan Marschall | 211

Single Issue – Null Chance?

Was verrät der Erfolg der Piratenpartei über die Perspektiven von Ein-Themen-Parteien im politischen System Deutschlands?

Thorsten Faas und Marc Debus | 223

Die Piraten am Wahlomat.

Programme und inhaltliche Standpunkte einer (relativ) neuen Partei

Claus Leggewie | 233

Den Laptop auch mal zuklappen.

Zur Kritik der Distributionsmittel einer politischen Bewegung –
eine skeptische Nachbetrachtung

Autorinnen und Autoren | 241

Die Unwahrscheinlichkeit der Piratenpartei

Eine (ermunternde) Einleitung

Christoph Bieber

Seit der formalen Gründung am 10. September 2006 sind noch keine sechs Jahre vergangen – inzwischen sitzen Vertreter dieser Gruppierung in zwei Länderparlamenten, 153 »Kommunalpiraten« verteilen sich auf zahlreiche Stadt-, Gemeinde- oder Bezirksvertretungen und in den Meinungsumfragen notiert die Partei bei der virtuellen Sonntagsfrage inzwischen durchgängig oberhalb der Fünf-Prozent-Hürde. Noch deutlich beschleunigter stellt sich die Entwicklung mit Blick auf den zweiten, eigentlichen »Gründungsprozess« der Piratenpartei im Frühjahr 2009 dar. Mit der Debatte um das »Zugangerschwerungsgesetz« und mit der versuchten Einrichtung sogenannter »Internetsperren« und der Zensursula-Kampagne als Katalysator setzte ein explosionsartiges Mitgliederwachstum ein, die Europa- und Bundestagswahlen lieferten erste Achtungserfolge.

Weit wichtiger noch als die Erfolge an der Urne – die mit Werten um zwei Prozent nicht übermäßig eindrucksvoll ausgefallen waren – erscheint jedoch die Organisationsentwicklung »hinter« den Wahlergebnissen und vor allem einer immer hitziger werdenden öffentlichen Debatte. Während im Wahljahr 2009 noch eher ratlos-besorgte oder hämische Fragen dominierten (»Wer sind die Piraten eigentlich und was wollen sie?«), so schlagen die rhetorischen Wellen im Frühjahr 2012 ungleich höher: Nach dem überraschenden Parlamenteinzug im Saarland am 25. März reichen die veröffentlichten Zuschreibungen von »Tyrannei der Masse« bis »Geschenk für den Parlamentarismus«.

Die semantische Reifung der Kommentare ist bemerkenswert, sie deutet nämlich an, dass die Piratenpartei inzwischen auch als politisches Phänomen wahrgenommen wird. Zuvor dominierten vor allem nautische Metaphern die mediale Verarbeitung – »Kaperfahrten«, »Beutezüge« etc. – natürlich nutzen aber auch die Piraten eine Verankerung in einer scheinbar politikfernen, mindestens aber ambivalenten Symbolwelt, um sich als Eindringlinge in ein bestehendes System zu markieren. Wichtiger ist: Durch die Mehrdeutigkeit des »Enterns« lässt sich zugleich eine Verbindung zum zweiten wichtigen Verweis-

system für die Verortung der Partei herstellen – die »Enter«-Taste auf dem Computer wird zum Abschluss verschiedener Eingaben verwendet, die dann einen bestimmten Prozessablauf auslösen. Aus dieser Perspektive liest sich der Weg durch die Länderparlamente eher wie eine Art längerfristig angelegte Befehls-eingabe, ein würdiger Abschluss dieser »politischen Programmierfähigkeit« wäre dann der Einzug in den Bundestag (spätestens) im Jahr 2013.

Mittels einer weiteren kleinen Verschiebung hat die Piratenpartei auch ihren zentralen Slogan entwickelt: »Klarmachen zum Ändern« wird nicht nur in den diversen Wahlkampagnen verwendet, er überschreibt auch die Partei-Homepage, auf der durch verschiedene Elemente und Signale ebenfalls der dreifache Verweisraum »Seefahrt«, »Computer« und »Politik« aufgespannt wird. Besonders interessant erscheint dabei der Begriff des »Änderns« mit Blick auf den zeitlichen Entstehungskontext: Bereits im hessischen Landtagswahlkampf 2008, dem ersten (mit 6962 Stimmen bzw. 0,3 Prozent wenig erfolgreichen) Auftritt der Piraten auf der politischen Bühne, hieß es »Klarmachen zum Ändern«. Im November des gleichen Jahres führte die beinahe zwei Jahre andauernde »Change«-Kampagne Barack Obama bis in das Weiße Haus, auch hier spielte das Internet eine zentrale Rolle bei der Vermittlung programmatischer Inhalte und der organisatorischen Umsetzung eines »Mitmach-Wahlkampfes« (Bieber 2010). Es wird klar, dass die Piraten Teil einer Bewegung von der Zuschauer- zur Beteiligungsdemokratie sind, die sich im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts auf den Straßen und im Netz herausbildete.

Die Entwicklung der Piratenpartei vollzieht sich in einem kreativen Dialog zwischen der Nutzung neuer Formate der Online-Kommunikation, der Ausbreitung des Internets zum Massen- und Alltagsmedium sowie einem eher diffusen, aber drängender gewordenen Wunsch nach Veränderung. Die Rückbindung politischer Erneuerungsansätze an die Computer- bzw. Internetkultur ist dabei keineswegs eine deutsche Besonderheit, bereits vor der Präsidentschaftswahl 2008 war die einschlägige Textsammlung *Rebooting America. Ideas for Redesigning American Democracy for the Internet Age* erschienen, die eine Vielzahl von Themen und Autoren versammelt hatte und einen »Neustart der amerikanischen Demokratie« gefordert hatte. Auch hier formierte sich eine technikaffine Gruppe und entwickelte Ideen und Ansätze für eine Modernisierung demokratischer Prozesse und Strukturen, allerdings in Gestalt eines losen Netzwerks von Aktivisten, Entwicklern und Wissenschaftlern, die sich in ihren jeweiligen beruflichen Kontexten mit den gesellschaftlichen Auswirkungen internetbasierter Kommunikation auseinandergesetzt hatten. Abseits der parteipolitisch und vor allem personell gebundenen Aktivität unter dem »Change«-Signet der »Obama for America«-Kampagne war eine Akteurskonstellation entstanden, die noch immer Einfluss auf die Modernisierung der Politik ausübt – allerdings längst nicht mehr nur im Sinne einer wohlwollenden Unterstützung für den Präsidenten, sondern oft mit einem kritischen Impetus, der sich zunehmend

gegen einen ausbleibenden »Reboot« wendet – der Neustart eines deutlich veränderten politischen Systems ist ausgeblieben.

Nach dem weitgehend verpufften »Obama-Effekt« des Jahres 2008 lassen sich weltweit zahlreiche weitere Episoden erzählen, die sich mit dem Begriffspaar Entern/Ändern beschreiben lassen: die WikiLeaks-Enthüllungen oder die Anonymus-Attacken passen in dieses Raster, aber auch das Aufkommen der Tea Party oder die vielgestaltigen Occupy-Proteste. Auch dem »arabischen Frühling« werden ähnliche Tribute zugeschrieben, doch ist es hier ebenso wenig zu echten »Neustarts« politischer Systeme gekommen wie im Feld der beiden vorgenannten Protestbewegungen.

INHALT UND FORM?

Insofern ist auch die Piratenpartei zunächst einmal als ein Phänomen des »Aufbruchs« zu verstehen, das etwas Neu- und Andersartiges in die Politik hineinträgt. Von einer tatsächlichen Innovation zu sprechen wäre wohl etwas verfrüht, allerdings erscheint der deutsche Sonderfall tatsächlich mit der »Parteihaftigkeit« der Piraten verbunden. Schließlich haben in vielen Ländern ähnliche Kontexte und Szenarien zur Gründung von Piratenparteien geführt, das Verdienst der »Markteinführung« gebührt dabei der schwedischen Piratpartiet. Doch während dort auf den Höhenflug ein ebenso plötzlicher Absturz erfolgt ist und in vielen anderen Ländern die Piraten im Status der Kleinstparteien verharren, scheint allein in Deutschland ein kontinuierliches Wachstum von Organisationsstruktur und Wählernachfrage und damit ein langsames Einsickern in das Parteiensystem stattzufinden.

Dabei erscheint gerade die Organisationsform der Partei als eine unwahrscheinliche Entwicklung – das Konzept der Mitgliederpartei gilt schon seit längerem als krisenbehaftet, sowohl in der Organisationswirklichkeit wie auch in der politikwissenschaftlichen Forschung dominiert seit einigen Jahren die Perspektive auf die verschiedenen Mangelercheinungen: Mitgliederschwund, Überalterung, schwindende Beteiligungsmöglichkeiten, mangelnde Problemlösungskompetenz, Verfall gesellschaftlicher Anerkennung (Leggewie 2012). Darüber hinaus zeichnet sich die Debatte über die »Wirkungen« des Internets auf die Politik vor allem durch die Vermutung aus, dass Beschleunigung, Unordnung und Übersichtlichkeit des neuartigen Kommunikations- und Kulturraums eher zu einer »Zerfaserung« politischer Beteiligung und der Fragmentierung politischer Öffentlichkeit führt. Anders ausgedrückt: Wenn es so viele Möglichkeiten für eine kurzfristige, bequeme, niederschwellige Online-Beteiligung durch digitale Petitionen oder virtuelle Unterschriftensammlungen gibt, mit Bürgerhaushalten, Mediationsverfahren oder Open-Data-Anwendungen anspruchsvolle Partizipationsexperimente gemacht werden und sogar Formen

virtuellen Ungehorsams bis hin zu grenzüberschreitenden Interventionen im Stile von Anonymus als etabliert gelten können, warum bürdet sich dann eine stetig wachsende Zahl von Menschen die Last der gesetzlich festgeschriebenen, bürokratisch eingebetteten Parteiarbeit auf?

Und doch liegt ein maßgeblicher Grund für den Erfolg der Piraten in Deutschland gerade in der Wahl der Organisationsform – denn ähnlich wie im Fall der Obama-Kandidatur, aber auch bei den US-spezifischen Entwicklungen der Tea Party Patriots oder der Occupy-Bewegung – spielt weniger die Besetzung neuer Themen oder gar das Angebot neuer inhaltlicher Lösungen die herausragende Rolle. Der thematische Fokus auf das Feld der Netzpolitik hat vielleicht in der zweiten Gründungsphase der Partei im Jahr 2009 eine Rolle gespielt – allerdings weniger aus einer intrinsischen Motivation heraus, denn als Reaktion auf einen defizitären Prozess der Politikformulierung mit gefühlten radikalen Folgen für die digitale Lebenswelt. Der Versuch einer Einführung von Internetsperren hat zunächst einmal »nur« zu einer Politisierung geführt, die sich in der unmittelbaren zeitlichen Nähe zwischen Europa- und Bundestagswahl günstig für die Piratenpartei als neuartiger »Power Container« ausgewirkt hat, gerade weil die Bundestagsparteien ein breites Unverständnis sowohl für die inhaltliche Dimension wie auch die gesellschaftspolitische Tragweite des Gesetzesvorschlags an den Tag gelegt hatten. Die Zensursula-Kampagne löste dabei einen ganz ähnlichen Schlüsselreiz aus wie in der Folge die US-amerikanischen Proteste gegen den Stop Online Piracy Act (SOPA) oder die europaweiten Demonstrationen gegen das Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA). Durch diesen spezifischen Entstehungskontext steht in Deutschland mit der Piratenpartei nun ein geeigneter »Auffangbehälter« für ein derart motiviertes politisches Vertretungsinteresse bereit, doch mit Blick auf den weiteren Werdegang zeigt sich, dass die These von der Ein-Themen-Partei eine verkürzte oder nur für einen bestimmten Zeitraum gültige Sichtweise bietet.

Sehr gut illustrieren lässt sich die relative Unwichtigkeit der Policy-Dimension entlang der Erfolge bei den Landtagswahlen in Berlin und dem Saarland – zwei Schauplätzen, die gegensätzlicher nicht hätten sein können. Auf der einen Seite der internetaffine Hauptstadttraum, in dem sich die bundespolitischen Akteure der »Netzpolitik« und ein großes Piratenlager drängen, auf der anderen ein kleiner Flächenstaat mit geringem Online-Interesse in der Bevölkerung und einem der kleinsten Landesverbände. Darüber hinaus war die Wahl in Berlin als Schlüsselwahl markiert worden, nachdem sich das Superwahljahr 2011 bis zum Herbst als eine längere »Ernüchterungsphase« mit stagnierenden Wahlergebnissen entpuppt hatte. Im Saarland dagegen blieben vom Bruch der Jamaica-Koalition am Dreikönigstag bis zur Neuwahl Ende März nur etwas mehr als zwei Monate für die Entwicklung eines Wahlprogramms, die Nominierung von Kandidaten sowie vor allem die Überwindung der formalen Hürden für die Zulassung zur Wahl. In beiden Fällen aber gelang der Piratenpartei der Sprung

in die Länderparlamente, und dies mit »viel Luft« über der Fünf-Prozent-Hürde, an der so viele Eintagsparteien gescheitert sind. Insbesondere der Erfolg in Saarbrücken dokumentiert dabei die relative Unwichtigkeit eines scharfen programmatischen Profils – für viele Wähler lag der Schlüssel zur Wahlentscheidung eher in der Wahrnehmung der Piraten als ein Versprechen auf eine neue Form der Teilhabe am politischen Prozess.

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass sich gerade der »Zwang zum Analogen«, der aus dem formalen Rahmen des Parteiengesetzes resultiert, für die Piratenpartei als außerordentlich hilfreich erwiesen hat – die Notwendigkeit zur Sammlung von Unterstützerüberschriften für Wahlvorschläge hat seit 2009 als eine willkommene Ergänzung zur ohnehin starken Online-Präsenz gewirkt. Schon vor dem Beginn des klassischen Straßenwahlkampfes muss sich die Partei mit den herkömmlichen Mitteln der Bürgeransprache auseinandersetzen, um überhaupt formal in den Parteienwettbewerb eingreifen zu können. Dieses Wechselspiel zwischen digitaler und analoger Kommunikation und Organisation lässt sich auch an anderen Stellen beobachten, die vergleichsweise langsam in den Fokus der Öffentlichkeit geraten: Neben dem gerne als »exotisch« bezeichneten, aber gerade strukturell lebenswichtigen Offline-Wahlkampf liefern auch die Mitgliederversammlungen regelmäßig Zeugnisse für eine Beteiligungskultur, die nicht nur digitale, sondern auch analoge »Andersartigkeit« ausdrückt. So war der Offenbacher Parteitag vom Dezember 2012 nicht allein durch die Unmengen aufgeklappter Notebooks (und kleineren Displays) gekennzeichnet, sondern auch durch lange Schlangen an den Saalmikrofonen oder die Verschränkung von Abläufen zwischen digitalem und realem Raum, was eher an ein übergroßes Barcamp als an einen Parteitag erinnerte.

Die im Rahmen solcher Zusammenkünfte sichtbare Zugangs- und Ergebnisoffenheit der Kommunikations- und Organisationsprozesse verweist auf das mehrschichtige Innovationspotential, das sich im Entstehungsprozess der Piratenpartei zeigt. Während aus einer politikwissenschaftlichen Perspektive zunächst die inhaltlichen Aspekte der Netzpolitik als »Politikfeld in Gründung« ein wesentliches Charaktermerkmal der Piratenpartei darzustellen schienen, so verschiebt sich dieser Fokus mit jeder Wahl ein wenig mehr in Richtung der Prozessdimension: Nicht so sehr die inhaltliche Auseinandersetzung mit Fragen digitaler Bürgerrechte, Netzneutralität oder der Modernisierung des Urheberrechts konturieren den Markenkern der Partei, sondern eher Arrangement und Stil der innerparteilichen Meinungs- und Willensbildung, bis hin zur Vermittlung gegenüber den Medien und den Import in das politische Institutionensystem.

LIQUID DEMOCRACY

An der Schnittfläche von Substanz- und Prozessdimension stehen schließlich die spezifischen Verkörperungen des Innovationsansatzes, der aus der internetbasierten Entwicklungsgeschichte der Piratenpartei resultiert: Es sind die vielfältigen Kommunikationstechniken und Plattformen, die zum kommunikativen Alltag einer klassischen politischen Organisationsstruktur geworden sind. Anders als die etablierten Parteien hat die Piratenpartei dabei nicht das Problem, Techniken und Stile der Online-Kommunikation in eine nur bedingt internetaffine Organisationskultur integrieren zu müssen. Vielmehr verhält es sich umgekehrt: Für viele – wenngleich längst nicht für alle – Parteimitglieder ist die Nutzung des Internets zu einem festen Bestandteil von Alltag und Lebenswelt geworden, vor diesem Hintergrund entwickelt sich gerade die spezifische Kultur der innerparteilichen Kommunikation. Am deutlichsten sichtbar sind die Unterschiede beim Blick auf den Einsatz von Blogs, Chat-Umgebungen, kollektiven Texteditoren oder den technologischen Realisierungen von »Liquid Feedback« als Werkzeug einer innerparteilichen Meinungs- und Willensbildung. Es ist kein Zufall, dass gerade an dieser Stelle seitens der etablierten Parteien erste Lerneffekte zu beobachten sind: individuell durch einzelne Politiker, die neue Kommunikationstechniken entdecken, kollektiv durch einzelne Parteien oder Gremien, die innerhalb konkreter Verfahren mit »Liquid Democracy«-Plattformen experimentieren.

Bis auf weiteres dürften jedoch die internen Meinungsbildungsprozesse der Piratenpartei die wesentliche Testumgebung für eine softwarebasierte Unterstützung demokratischer Entscheidungsfindung sein. An dieser Stelle zeigt sich ein weiteres Alleinstellungsmerkmal des deutschen Phänomens, das eng mit der Form der Partei verbunden ist – gerade weil Parteien die dominierenden Akteure im politischen System der BRD sind, kommt der Qualität der innerparteilichen Demokratie eine große Bedeutung zu. Insofern ist es konsequent, dass der Modernisierungsansatz die Verfahren einer »Liquid Democracy« als technologieorientierte Umsetzung des abstrakten Konzepts der »deliberativen Demokratie« (vgl. Habermas 1992/Macedo 1999/Fishkin 2009) als Kernelement identifiziert und als Kritik an »klassisch-repräsentativen« Verfahren positioniert. Technologische Umsetzungen stellen dabei den themenorientierten Zugang in den Vordergrund und ermöglichen eine offene, sachorientierte Diskussion, in deren Verlauf sich die Teilnehmer argumentierend und gestaltend einbringen können. Zur Disposition steht dabei auch die Einschätzung eigener Expertise im Verhältnis zum jeweils verhandelten Gegenstand: Wer sich selbst für nicht ausreichend informiert (oder voreingenommen) hält, kann prinzipiell das Stimmrecht auf andere Personen übertragen, die über eine höhere Sachkompetenz (oder eine neutrale Position) zu verfügen scheinen. Auf der Prozessebene wirkt diese Integration von Ansätzen eines »Delegate Voting« als